

KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2016
Kantonsratspräsident Franz Wüest

A 166 Anfrage Nussbaum Adrian und Mit. über die Auswirkungen der Veränderung des Ressourcenpotenzials / Eröffnet am: 20.06.2016 Finanzdepartement

Adrian Nussbaum ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Adrian Nussbaum: Die Anfrage stützt sich unter anderem auf die in der Antwort zitierte Studie der Universität St. Gallen, die im Herbst erscheint. Der Anfrage lagen aber vor allem die Ausführungen im Planungsbericht zum Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17) unter Ziffer 3.2 zugrunde. Dort zeigt die Regierung anhand von zwei Beispielen auf, weshalb die Ressourcenpotenziale der Gemeinden mehr gesteigert worden sind als beim Kanton. So begründet die Regierung denn auch die Nettobelastung der Gemeinden im KP17. Die CVP erachtet diese Herleitung als sehr unglücklich. Die vorliegende Antwort, insbesondere die Tabelle zur Antwort zu Frage 1, ist sicher nützlicher als die beispielhafte Ausführung im Planungsbericht. Trotzdem bleiben auch bei dieser Antwort einige Fragen offen, zum Beispiel was die Erhöhung des Steuerfusses einzelner Gemeinden betrifft. Ich erwarte deshalb, dass diese Antworten für die Beratung des KP17 verfeinert werden. In Zukunft sollten in einem Planungsbericht die Aussagen nicht anhand von Beispielen, sondern innerhalb einer Gesamtbetrachtung vorgenommen werden.

Michèle Graber: Die Antwort des Regierungsrates ist umfangreich und detailliert. Die Daten zeigen, dass man sowohl die natürlichen als auch die juristischen Personen betrachtet und dass durch die tieferen Zahlen aus dem NFA und die höheren Beiträge aus der direkten Bundessteuer die Einnahmen gesamthaft steigen. Betrachtet man sämtliche Steuereinnahmen, kann man nicht behaupten, dass die Steuerstrategie unwirksam ist. Im Gegenteil, der Anstieg des Ressourcenpotenzials zeigt, dass die Wertschöpfung im Kanton angestiegen ist. In wirtschaftlicher Hinsicht legt der Kanton also zu. Der Kanton sollte sich aber auch Gedanken darüber machen, wie die Gemeinden in die Auswirkungen des NFA mit einbezogen werden. Das Ressourcenpotenzial und die angestrebte Ausgleichswirkung des NFA betreffen immer den Kanton und die Gemeinden. Auch die Statistiken zur steuerlichen Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials betrachten immer die Kantons- und Gemeindesteuern. Heute betreffen die Auswirkungen einer Reduktion oder einer Erhöhung des Ressourcenausgleichs nur den Kantonshaushalt. Der Regierungsrat sollte sich deshalb Gedanken dazu machen, wie die Gemeinden über den kantonalen Finanzausgleich hinaus in einer fairen Art und Weise an den Auswirkungen des NFA beteiligt werden könnten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Sowohl im KP17 als auch in der vorliegenden Anfrage wird von der Gemeindeebene und von der kantonalen Ebene gesprochen. Adrian Nussbaum möchte wissen, was passiert, wenn eine einzelne Gemeinde den Steuerfuss hebt. Dadurch heben sich der Durchschnitt der vorliegenden Tabelle und somit die Zahlungen minim. Diese Berechnungen beruhen immer auf dem durchschnittlichen Steuerfuss. Michèle Graber regt an, dass sich auch die Gemeinden an den Auswirkungen des NFA beteiligen sollten. Die Regierung hat diese Forderung selber gestellt.